

POLITIK

DEUTSCHLAND

EURO-RETTUNG

CSU-Spitze vertagt Streit über Volksabstimmungen

Die CSU will mehr Volksabstimmungen – ist sich aber weiter uneins, ob die Bürger auch bei Fragen der Euro-Rettung mitentscheiden sollen. Dieser zentrale Streitpunkt zwischen Parteichef Horst Seehofer und Teilen der CSU wurde in einer Präsidentsitzung am Samstag vertagt. Doch die Fronten blieben: Seehofer ließ keinen Zweifel daran, dass er an der von ihm vorgegebenen Position festhalten und diese auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen durchsetzen will. Quasi die komplette Europagruppe und große Teile der Bundestagslandesgruppe lehnen Volksabstimmungen über Maßnahmen zur Euro-Rettung ab. „Ich habe schon auch deutlich gemacht, dass mein Programm für mehr Beteiligung der Bevölkerung an grundsätzlichen politischen Entscheidungen mir sehr, sehr wichtig ist als Person – und dass für mich Person und Programm zusammengehören“, sagte Seehofer nach der Präsidentsitzung in München. Angesichts des Wahljahres 2013 sei er dafür verantwortlich, „ob wir Mehrheiten haben oder nicht“.

ATOMMÜLL

Grüne wollen Aussage Merkels zu Gorleben

Sylvia Kotting-Uhl (Grüne) fordert, dass die Kanzlerin zügig im Gorleben-Untersuchungsausschuss des Bundestages befragt wird. Hintergrund sind laut „Spiegel“ unbekannte Unterlagen aus den 90er-Jahren. Wie daraus hervorgehe, habe Angela Merkel als Umweltministerin Untersuchungen des Salzstocks gegen rechtliche und wirtschaftliche Bedenken mehrerer Atomkraftunternehmen durchgesetzt. So habe es zwei Treffen Merkels mit den Konzernspitzen gegeben, in denen die Position der Union und der Atomwirtschaft für Verhandlungen mit der SPD über einen Energiekonsens abgestimmt werden sollte. „Merkel“, so bewertet Kotting-Uhl die Unterlagen, „hatte nur ein Ziel: so billig und so schnell wie möglich in Gorleben weitermachen.“

ABITUR

6

Bundesländer konkretisieren ihre Pläne für ein gemeinsames Abitur: 2014 soll es in Niedersachsen, Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein erstmals gemeinsame Prüfungsaufgaben für die Schüler geben, heißt es aus dem Kultusministerium in Hannover. Experten entwickelten derzeit die Aufgaben für die Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik auf erhöhtem Anforderungsniveau, was den ehemaligen Leistungskursen entspreche. Die niedersächsischen allgemeinbildenden Schulen erhalten am Montag genauere Informationen zu den Plänen.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Integrationsministerium sucht „Maulwurf“ im Haus

Baden-Württembergs Integrationsministerium sucht nach einer undichten Stelle, aus der vertrauliche Informationen nach außen dringen. „Im Ministerium sitzt offenbar ein Maulwurf“, sagte Amtschef Manfred Stehle. Es gebe wohl einen Mitarbeiter, der unter dem Pseudonym „Max Müller“ anonyme Mails an die Opposition im Landtag verschickt, in denen er sich äußerst kritisch über die Personalpolitik im Haus der Ministerin Bilkay Öney (SPD) auslässt. CDU und FDP werfen Öney vor, viele SPD-Mitglieder mit Posten versorgt zu haben.

PIRATEN

Partei stellt sich in der Hauptstadt neu auf

Die Berliner Piraten haben sich personell neu formiert. Zum Vorsitzenden wurde am Wochenende der Informatiker Hartmut Semken gewählt. Er löst Gerhard Anger ab, der auf eine erneute Kandidatur überraschend verzichtet hatte. Für Semken, der sich gegen drei Mitbewerber durchsetzte, stimmten 160 von 300 Mitgliedern (53,3 Prozent). Der 36-jährige Anger hatte zum Auftakt der Versammlung seine bereits angemeldete Kandidatur für den Parteivorstand zurückgezogen. Er begründete die Entscheidung mit einem „enormen Druck“, der auf dem Amt lastete.

Absurdes Theater in Kairo

Der Prozess gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung und andere Organisationen offenbart die Widersprüche und Abwege des „arabischen Frühlings“. Gibt es eine diplomatische Lösung?

■ Die ausländischen Stiftungen sollen die Demokratiebewegung unterstützt haben, um das Land zu „destabilisieren“

■ Islamisten fordern den Austausch mit einem in Amerika inhaftierten radikalen Scheich

AMIRA EL-AHL, MARTIN LUTZ,
PHILIPP NEUMANN
KAIRO, BERLIN

Als der Vorsitzende Richter um 13.15 Uhr den Gerichtssaal betritt, herrscht dort völliges Chaos. Der Raum ist voll mit Journalisten, Fotografen, Botschafts- und Familienangehörigen, Freunden der Angeklagten und Anwälten. Kurz vorher sind 14 der 43 Beschuldigten im Verfahren gegen Nichtregierungsorganisationen im Saal erschienen und in den für sie vorgesehenen Gitterkäfig gebracht worden. Die Foto- und Fernsehjournalisten klettern über Bänke und Anwesende hinweg, versuchen mit allen Mitteln näher an den Käfig zu gelangen für das beste Bild. Der Vorsitzende Richter Abdallah Shaker schaut sich das Spektakel ein paar Minuten an, dann steht er wortlos auf und verlässt wieder den Saal. Der Prozess gegen die NGO-Mitarbeiter hat noch nicht begonnen, da scheint er auch schon wieder vorbei zu sein.

Erst mit Verzögerung beginnt die Sitzung. Es folgt die Aufrufung aller 43 Namen, die in diesem Verfahren angeklagt sind, unter ihnen 19 Amerikaner sowie zwei Deutsche, Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung. Nur 14 der angeklagten Ägypter sind erschienen. Die ausländischen Angeklagten sind der Verhandlung ferngeblieben. Es heißt, dass sie zwar die Anklageschrift vom Gericht erhalten haben, jedoch keine Vorladung. Es scheint, als hätten sich die ausländischen Parteien darüber verständigt, geschlossen nicht zu erscheinen. Wahrscheinlich wollte man die Bilder vermeiden, die Deutsche und Amerikaner hinter Gittern in einem ägyptischen Gerichtssaal zeigen. Der Prozess ist hoch politisiert.

Im Dezember waren die Büros verschiedener Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen durchsucht worden, unter ihnen das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo, des National Democratic Institute und das International Republican Institute aus den USA. Die Organisationen werden beschuldigt, mit illegalen Geldern aus dem Ausland die Demokratiebewegung in Ägypten finanziert zu haben. Das Ziel sei gewesen, so die Anklage, Ägypten zu destabilisieren und ins Chaos zu stürzen. Das Verbrechen: Unter anderem Workshops für junge Demokraten, in denen sie lernten, Wahlen zu beobachten und Parteien zu gründen. Handwerkszeug für den demokratischen Prozess, den der Militärtrat nach dem Sturz Mubaraks in die Wege leitete.

Am Sonntag überboten die Ankläger einander mit nationalistischen Tönen. Es sei unerhört, was in diesem Land gesche-



Angeklagte in Kairo: Einige der 14 ägyptischen Aktivisten, die zusammen mit ausländischen Helfern vor Gericht standen

SORGEN UM DIE GLAUBENSFREIHEIT IN ÄGYPTEN

Zur Solidarität mit den koptischen Christen in Ägypten hat **der Generalbischof der koptisch-orthodoxen Kirche in Deutschland, Anba Damian**, die Kirchen in Deutschland aufgerufen. Es sei nötig, gegenüber den Repräsentanten des Landes eine klare Sprache zu sprechen, damit die anhaltende Gewalt gegen die koptische Minderheit ein Ende finde, sagte er am Samstag in Berlin und fügte hinzu: „Wir brauchen einander, wir gehören zusammen.“ Der höchste Repräsentant des koptisch-orthodoxen Patriarchen in Deutschland sprach bei einem ökumenischen Gottesdienst in der Gedenkikirche Maria Regina Martyrium in Berlin-Plötzensee.

he, sagte einer, das Verfahren gehe alle Ägypter an, es gehe um den Anstand und Stolz Ägyptens. „Das Chaos im Land kommt aus dem Ausland“, rief der Staatsanwalt aufgebracht. Sogar der in Amerika inhaftierte Scheich Omar Abdel Rahman wurde von einem Ankläger als Beispiel dafür zitiert, dass unschuldige Ägypter in Amerika im Gefängnis säßen. Auch vor dem Gerichtssaal und auf der Straße vor dem Gericht war der blinde Scheich omnipräsent. Eine Gruppe von Salafisten, die einer ultrakonservativen Form des Islam folgen, demonstrierte lautstark mit Plakaten für die Auslieferung des

Scheichs im Austausch mit den angeklagten Amerikanern. Hinter der Kampagne gegen die Organisationen und Stiftungen steht vor allem eine Frau: Fayza Abou al-Naga, Ministerin für Internationale Kooperation, die schon viele Jahre unter Mubarak als Ministerin gedient hat und eine der wenigen ist, die den Sturz Mubaraks politisch überlebt hat. Sie beschuldigt Washington, in Ägypten Chaos zu schüren, um das Land an der Entwicklung zu hindern. Zwar setzt sie mit ihrer Kampagne die 1,3 Milliarden Dollar Militärhilfe aus Spiel, die Ägypten jährlich von den USA erhält, doch der Mi-

Unterdessen haben Ägyptens Islamisten auch bei der Wahl zur zweiten Kammer des

Parlaments eine deutliche Mehrheit erzielt. Wie die Zeitung „al-Akhar“ am Sonntag unter Berufung auf die Wahlkommission berichtete, **erhalten die islamistischen Parteien in der Schura zusammen mehr als 80 Prozent der Sitze**. Damit werden im ersten Parlament nach dem Sturz von Langzeitpräsident Husni Mubarak sowohl Unterhaus als auch Oberhaus von den islamistischen Kräften dominiert. Die Muslimbruderschaft kommt demnach mit 58,3 Prozent auf 105 der 180 zu besetzenden Sitze. Die radikal-islamischen Salafisten konnten 45 Mandate erringen, die liberale Wafd-Partei 14. Die Wahl hatte in Etappen über mehrere Wochen stattgefunden.

litätrat scheint der Ministerin keinen Einhalt gebieten zu können oder zu wollen. Zudem seien Naga und das Militär Gegner der Revolution und setzten auf Nationalismus als Gegenmittel, argwöhnen einige. Warum gerade die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) ins Visier der Ermittler geriet, ist unklar. Schließlich sind auch andere Stiftungen seit Jahrzehnten in Ägypten tätig. Im Anklagepunkt 42, der am Sonntag im Gerichtsgebäude im Osten Kairo vorgetragen wurde, wird der KAS vorgeworfen, 1,6 Millionen Euro illegal aus Deutschland erhalten zu haben und ohne Lizenz zu arbeiten. Zudem hät-

„Zu klug, um aus dem Euro auszutreten“

Der Ökonom Luder Gerken über Griechenland, die Abstimmung im Bundestag und andere Sorgenkinder

Wenn im Bundestag über Griechenland gesprochen wird, dann seit geraumer Zeit nur im Form von Sondersitzungen. An diesem Montag sollen die Abgeordneten darüber abstimmen, ob Griechenland über den Rettungsschirm EFSF hinaus weitere Hilfskredite bekommen soll. Dabei geht es um neue Darlehen von bis zu 130 Milliarden Euro. Vor der namentlichen Abstimmung gibt Kanzlerin Angela Merkel (CDU) eine Regierungserklärung ab. Luder Gerken, Vorsitzender des Vorstands Stiftung Ordnungspolitik – Zentrum für Europäische Politik in Freiburg, hält das zweite Rettungspaket für falsch und sieht ganz andere EU-Länder in Gefahr. Mit Gerken sprach Jan Hildebrand.

DIE WELT: Würden Sie den Abgeordneten empfehlen zuzustimmen?
LÜDER GERKEN: Unter pragmatischen Gesichtspunkten wird den Abgeordneten wohl nichts anderes übrig bleiben. Die Finanzminister haben dem neuen Rettungsprogramm bereits zugestimmt.

Ein Veto des Bundestags würde in Europa einen politischen Eklat hervorrufen. Das ist ein grundsätzliches Problem: Die Regierungen verhandeln in Europa, und die Parlamente daheim können es nur noch abnicken. Eines ist klar: Ökonomisch ist das zweite Hilfspaket falsch.

Finanzminister Wolfgang Schäuble sagt, dass es viel teurer würde, wenn wir Griechenland nicht weiter helfen würden und das Land in die Pleite stürzen würde.

Das glaube ich nicht. Ich halte etwa die Sorge, dass vielen europäischen Banken nach einer griechischen Staatspleite die Insolvenz droht, für übertrieben. Die meisten Finanzinstitute haben ihre Griechenland-Anleihen zu großen Teilen längst abgeschlossen. Und auch die befürchteten Dominoeffekte für andere südeuropäische Staaten sehe ich so nicht. Die Investoren haben erkannt, dass Griechenland ein Sonderfall ist und einige Klassen niedriger spielt als Italien oder Spanien.

Die Parlamentarier haben am Freitag 450 Seiten mit komplizierten Details vom Finanzministerium bekommen und sollen jetzt abstimmen. Können die Abgeordneten überhaupt verstehen, worum es geht?

Die meisten werden sich sicherlich bemühen, aber es wird ihnen sehr schwer gemacht. Das ist auch aus demokratischen Gesichtspunkten problematisch. Es geht nicht, dass die Abgeordneten solche Texte nur wenige Tage oder Stunden vor der Abstimmung erhalten. Über das Wochenende können sie keine Rechercheaufträge erteilen oder Expertenmeinungen einholen.

Werden wir auch noch über ein drittes Rettungspaket für Griechenland abstimmen?

Davon gehe ich fest aus. Auch das zweite Hilfspaket über 130 Milliarden Euro wird nicht ausreichen. Das zentrale Problem ist ja nicht das aktuelle Haushaltsdefizit, sondern die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft.

Griechenland müsste Exportüberschüsse erzielen, um seine Schulden abzubauen zu können. Doch dafür ist überhaupt keine wirtschaftliche Struktur vorhanden. Und das wird sich die kommenden fünf bis zehn Jahre nicht ändern. Deshalb läuft alles auf ein dauerhaftes Transfersystem hinaus, mit dem die Europäer die Griechen unterstützen.

Wem wird dabei eher der Geduldsfaden reißen: der griechischen Bevölkerung, die sich nicht den EU-Sparauflagen beugen will, oder den Steuerzahlern in den Staaten, die die Rettung finanzieren?

Beides wird nach meiner Einschätzung nicht passieren. Die Griechen sind zu klug, um aus dem Euro auszutreten, denn der Verbleib in der Gemeinschaftswährung sichert ihnen ja die Hilfsmilliarden. Und in den Geberländern sieht man einen Gewöhnungseffekt: Man hat sich damit abgefunden, dass wir Griechenland dauerhaft subventionieren werden.

ten die Angeklagten keine Steuern in Ägypten bezahlt. All das streitet die KAS ab, Arbeitserlaubnisse gebe es, die Steuern seien gezahlt worden. Zudem könne über jeden Cent, der ausgegeben wurde, eine Rechnung vorgelegt werden.

In Deutschland löste der Fall parteiübergreifend Besorgnis aus. „Dass gerade jetzt ein solches Verfahren gegen die Stiftung eingeleitet wird, ist kein gutes Zeichen“, sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz (CDU), der „Welt“. Die Adenauer-Stiftung sei seit 30 Jahren in Ägypten tätig und biete genau die Hilfe, die für den Aufbau einer Zivilgesellschaft notwendig sei. Die ägyptische Revolution entscheide mit dem Prozess, welchen Weg sie gehen wolle. „Insofern steht für das Land eine Menge auf dem Spiel.“ Auch in der Bundesregierung verfolgt man das Geschehen in Kairo aufmerksam: „Wir vertrauen darauf, dass die Prinzipien des Rechtsstaats sich in dem anstehenden Gerichtsverfahren durchsetzen und die Vorwürfe gegen die politischen Stiftungen schnell ausgeräumt werden können“, sagte Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel der „Welt“. „Der Umfang der Arbeitsmöglichkeiten unserer politischen Stiftungen ist ein Gradmesser für den Umfang von Demokratie und Freiheit“, betonte Niebel. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann sagte, es sei „selbstverständlich, dass sich Stiftungen daran beteiligen, junge Ägypter auszubilden und im Umgang mit demokratischen Spielregeln zu schulen. Wer so etwas als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes bezeichnet, offenbart ein Weltbild aus der Zeit des Kalten Krieges.“ Die ägyptische Reaktion sei mit einer demokratischen Entwicklung unvereinbar.

Die Anklageschrift gegen die 43 Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisationen soll 2200 Seiten umfassen. Die Verteidiger plädierten am Sonntag für eine Vertagung des Verfahrens, um mehr Zeit zu haben, das Dokument gründlich einzusehen. Hinzu kommt die Schwierigkeit, die Schrift für die ausländischen Angeklagten zu übersetzen.

Es ist kurz vor halb drei, als der Vorsitzende Richter nach 20-minütiger Konsultation wieder den Gerichtssaal betritt. Die Anwesenden drängen sich im Gang und auf Bänke und die Worte des Richters sind durch das nicht verstummende Gemurmel im Saal kaum zu hören. Ein paar Minuten später ist alles vorbei. Erst einmal. Die Verhandlung ist auf den 26. April verlagert, die 14 ägyptischen Angeklagten, die der Verhandlung hinter Gittern in einer Art Käfig beigezwungen haben, können gehen. Sie werden nicht verhaftet, müssen aber am 26. April wieder vor Gericht erscheinen. Ebenso wie die angeklagten Ausländer, die am Sonntag nicht vor Gericht erschienen sind. Das Reiseverbot für die Angeklagten ist jedoch nicht aufgehoben. Sie können Ägypten also weiterhin nicht verlassen. Doch die Vertagung auf Ende April gibt den Parteien auch die Möglichkeit, eine politische Lösung außerhalb des Gerichtssaals zu finden, um diese diplomatische Krise ohne weiteren großen Schaden zu beenden. Im Gerichtssaal wird die Verkündung des Richters zumindest mit Freude aufgenommen. Viele im Saal klatschen und jubeln, noch bevor er den Saal verlassen hat, und plötzlich beginnen spontane Rufe, die dieses Land seit Monaten immer wieder hört: „Nieder mit der Militärregierung“, rufen lautstark Anwesende, und der halbe Saal stimmt in den Slogan mit ein. Auch die Polizisten im Saal können diese spontane Aktion im Gericht nicht verhindern.

Die Euro-Krise ist aus Ihrer Sicht also vorüber?

Nein, Griechenland ist nicht das zentrale Problem, sondern Italien. Das Land ist zu groß, um von den anderen Europäern aufzufangen zu werden. Also ist die entscheidende Frage, ob die Regierung von Ministerpräsident Mario Monti die nötigen Reformen umsetzt. Bisher ist er auf einem guten Weg. Allerdings wurde vor allem angekündigt, nun müssen Taten folgen.

Und was ist mit Portugal? Das südeuropäische Land hat bereits ein Rettungspaket erhalten, stürzt aber immer tiefer in die Rezession. Was droht uns das?

Bei Portugal bin ich sehr pessimistisch. Da droht ein zweites Griechenland. Dem Land fehlt die industrielle Basis. Für Griechenland und Portugal gilt: Eigentlich müssten beide Staaten aus der Euro-Zone austreten, um sich mit einer eigenen schwachen Währung zu sanieren. Aber das ist politisch nicht gewollt.